

«Graubünden macht das Land reicher»

Ende letzten Jahres schied er nach zwölf Jahren als Regierungsrat aus der Bündner Regierung aus. Nun will der 51-jährige CVP-Mann Stefan Engler als Ständerat das nationale Politparkett betreten.

Mit Stefan Engler sprach Franco Brunner

Herr Engler, war Ihnen in den vergangenen neun Monaten langweilig oder haben Sie einfach das öffentliche Interesse an Ihrer Person vermisst?

Stefan Engler: Weder noch. Aber ich gebe zu, der Schnitt am 1. Januar dieses Jahres, als ich mich nach zwölf Jahren Regierungsrat von der politischen Bühne verabschiedet hatte, war für mich schon markant. Sowohl beruflich als auch persönlich. Plötzlich



waren gewisse Kontakte und Informationen nicht mehr vorhanden. Auch die Verantwortung, Entscheide zu treffen, existierte von einem auf den anderen Tag nicht mehr. Da kamen in den ersten drei bis vier Monaten tatsächlich so etwas wie Entzugserscheinungen auf.

Nun wollen Sie, sozusagen im Stile einer Selbsttherapie, in den Ständerat. Können Sie denn gar nicht mehr ohne Politik sein?

Ich habe während 25 Jahren meines Lebens auf verschiedenen Ebenen politisiert. Das prägt natürlich. Ich verspüre noch immer die Lust, dort dabei zu sein, wo Entscheidungen vorbereitet und auch gefällt werden. Dies möchte ich mithilfe meines ganzen persönlichen und beruflichen Erfahrungsschatzes tun.

Und mit dem öffentlichen Druck, der auf einem Politiker lastet.

Der gehört dazu. Wahrscheinlich ist man als Politiker sowohl Narzisst als auch Masochist. Beides sind Elemente, die dazugehören, bei denen man aber besonders Acht geben muss, die Balance zu halten und sich nicht fehlerhaft zu lassen.

Sie haben die Stufen Ihrer politischen Karriere angesprochen. Von der Gemeinde über die Region bis zum Kanton. Was reizt Sie nun am Amt des Ständerats. Ist es die Macht nach Einfluss auf nationaler Ebene?

Es geht nicht um Macht. Als Ständerat würde es mich reizen, auf einer nochmals anderen Ebene unserem Kanton dienen zu können. Ich bin mir aber schon bewusst, dass ich als Ständerat nicht nur Botschafter Graubündens wäre. Ich würde auch die Verantwortung für die Entwicklung des Landes und somit für diejenige der gesamten Bevölkerung mittragen.

Was wären denn konkret Ihre grössten An-

liegen, mit denen Sie in Bern vorstellig werden würden?

Der eine Teil ist die Sicherung des Service public. Das betrifft Graubünden unmittelbar. Dann möchte ich in Bern aber auch die Lebensgewohnheiten von uns Berglern verteidigen und vertreten. Das hat unter anderem mit Raumplanung und Raumordnungspolitik zu tun. Ich möchte die Bündner Kultur mit der speziellen Situation der Dreisprachigkeit ins Feld führen. Das sind alles Themen, in denen ich mich zu Hause fühle und in die ich meinen Erfahrungsschatz von 25 Jahren Bündner Politik miteinfließen lassen kann. Generell möchte ich in Bern aber überall dort präsent sein, wo gesunder Menschenverstand gefordert ist. Da profitiere ich auch davon, dass ich dies von einer relativ unabhängigen Position aus in Angriff nehmen kann. Ich bin weder am Gängelband der Partei noch an dem von sonst jemandem. Das ist zweifelsohne der Vorteil, den ich als ausgeschiedenes Regierungsmitglied genieße.

Dass Sie in Bern den teilweise besonderen Anliegen des Bergkantons Graubünden Gehör verschaffen wollen, ist ja nur logisch und aller Ehren wert. Laufen Sie dabei aber nicht Gefahr, bei Ihren Kollegen in spe als alpiner Subventionsjäger Berühmtheit zu erlangen?

Das Wort Subventionsjäger mag ich überhaupt nicht. Zum einen bin ich tief davon überzeugt, dass der Kanton Graubünden das Land Schweiz reicher macht. Sei es durch unsere Kultur, unsere natürlichen Ressourcen, unsere Landschaften und Berge oder durch unser Brauchtum. Graubünden macht das schöne Bild der Schweiz erst komplett. Deshalb dürfen wir es nicht dulden, als Almosenempfänger oder eben Subventionsjäger zu gelten. Wir müssen vielmehr selbstbewusst und stolz hinstehen und klarstellen, dass wir diesem Land auch etwas geben. Zum anderen ist es die eigentliche Leistung der Schweiz, jenen Kantonen und Menschen zu helfen, die nicht die gleichen existenziellen Voraussetzungen geniessen wie in den Städten und deren Agglomerationen.

Als Ständerat dienen Sie ja aber nicht nur Ihrem eigenen Kanton, sondern auch dem ganzen Land. Ist das für einen Bündner Vertreter ein besonders schwieriger Spagat?

Als Ständerat ist man meines Erachtens in erster Linie eben doch ein Vertreter des Kantons und dessen Bedürfnissen. Ich erachte es dementsprechend als meine erste Pflicht, dem eigenen Kanton zu dienen. Aber Sie haben recht, unmittelbar nach dieser ersten Pflicht ist es auch die Aufgabe des Ständerats, gesellschaftspolitische Anliegen anzugehen, und dort spielt es keine so grosse Rolle mehr, ob man nun Jurassier, Berner oder eben Bündner ist.

«Das Problem liegt bei den Parteien»

Nationale Anliegen, die für Sie Neuland bedeuten.

Ja und nein. Über all die zwölf Jahre als Bündner Regierungsrat sass ich auch in sehr vielen nationalen Direktorenkonferenzen. Auch da war ich verpflichtet, Lösungen zu entwickeln, die dem ganzen Land dienen. Aber natürlich wären diese nationalen Anliegen für mich, wenn ich denn als Ständerat gewählt werde, eine neue Herausforderung.

Sie sagen, wenn Sie als Ständerat gewählt würden. Diesen Konjunktiv können Sie sich sparen. Schliesslich gibt es zwei Bündner Ständeratssitze zu vergeben und mit Ihnen und Noch-Regierungsrat Martin Schmid auch nur zwei Kandidaten. Wahlkampf sieht anders aus.

Das ist so. Dafür kann man aber weder mich noch Martin Schmid verantwortlich machen. Das Problem liegt bei den anderen Parteien, die sich aus irgendwelchen Gründen entschieden haben, bei diesen Wahlen nicht mitzumachen. Nichtsdestotrotz ist es aus Sicht der Wählerin und des Wählers natürlich ein Verlust, nicht wirklich auswählen zu können. Und glauben Sie mir, mir persönlich wäre es auch lieber, wenn ein Wettbewerb und eine echte Auseinandersetzung um diese beiden Ständeratssitze stattfinden würden. Aber nochmals, Vorwürfe diesbezüglich sind nicht an die Adresse von Martin Schmid oder mir zu richten.

Keine eigentliche Auswahl ist das eine. Sie und Martin Schmid haben aber zudem noch verkündet, sozusagen Hand in Hand nach Bern gehen zu wollen. Pardon, aber das klingt fast schon langweilig harmonisch.

Also Hand in Hand gehe ich nur mit meiner Frau und unseren beiden Kindern irgendwohin (lacht). Ernsthafte, es ist ja nicht so,

dass Martin Schmid und ich einen gemeinsamen Wahlkampf führen würden ...

Es gibt ja auch nichts zu kämpfen.

Wie dem auch sei. Fakt ist, wir haben uns einfach entschieden, in dieser Situation, in der die Wahl stattfindet, einige Termine abzusprechen. Nicht zuletzt deshalb, um der Wählerin und dem Wähler auch die Unterschiede zwischen uns aufzuzeigen.

Die gibt es?

Die gibt es zweifellos, ja. Es ist einfach so. Ich durfte mit Martin Schmid zehn Jahre lang in der Bündner Regierung zusammenarbeiten und kenne seine Stärken. Deshalb glaube ich, dass wir ergänzend eine starke Stimme für Graubünden sein können. Denn gerade im Ständerat ist es entscheidend, dass die beiden Bündner Vertreter ein nicht gänzlich unterschiedliches Stimmverhalten an den Tag legen. Die geeinigste Stimme wird in Bern nicht unwesentlich sein, wenn wir für Graubünden etwas erreichen wollen.

In einem Interview haben Sie kürzlich gesagt, dass Sie im Ständerat als Brückenbauer zwischen Stadt und Land auftreten wollen. Das klingt irgendwie ein wenig unterwürfig. Muss Graubünden in Bern denn wirklich eher parieren, denn poltern?

Graubünden muss in Bern vor allem selbstbewusst, kompetent und überzeugend auftreten. Dann wird es auch gelingen, Verständnis für die speziellen Anliegen eines Berggebiets zu wecken. Das heisst nicht, dass wir unterwürfig sein sollen, sondern dass uns bewusst sein muss, dass beide Seiten voneinander profitieren können. Denn eines ist klar: Die Zeiten, in denen ein grosszügiger Götti aus der Stadt auch noch so nebenbei das Berggebiet alimentiert, sind vorbei. Der Kampf ist deutlich härter geworden. Deshalb müssen, um politischen Erfolg zu haben, die Instrumente auf diesem Weg zum Erfolg deutlich subtiler als früher sein. Man muss zuerst die eigene Fraktion überzeugen und danach das Eisen mit anderen zusammen schmieden. Will heissen, man muss auch über die Parteigrenzen hinaus nach gemeinsamen Lösungen suchen. Deshalb verwende ich das Wort schmieden, in dem ja auch der Name Schmid irgendwie vorkommt (lacht).

Sie sind guter Dinge. Dies obwohl Politiker in Graubünden derzeit scheinbar einen schweren Stand haben. Das wegen mangelnder Publikumsresonanz eingestellte Wahlmobil der «Südostschweiz» hat es aufgezeigt, im Kanton scheint sich niemand mehr für Politik zu interessieren.

Wenn ich in die Stadt Chur hineinfahre und links und rechts an der Strasse all diese Wahlkampfplakate sehe, frage ich mich tatsächlich, wie viel es braucht, um gewählt zu werden. Ich frage mich diesbezüglich jeweils auch, wie weit ich persönlich bereit wäre zu gehen, um ein politi-

sches Mandat erhalten zu können. Schlussendlich ist es immer noch ein grosses Fragezeichen, wie sehr sich die Leute von politischer Werbung bestimmen lassen. Meiner Meinung nach muss man sich als Politiker das Vertrauen der Leute über viele Jahre erarbeiten. Wenn einem das nicht gelingt, wird es wohl auch mit einer Plakatkampagne nicht klappen. Um aber auf Ihre Aussage zurückzukommen, dass sich in Graubünden scheinbar niemand mehr für Politik interessiert. Ich glaube, dass die Bündnerin und der Bündner das ganz einfach nicht so sehr nach aussen tragen, zu Hause oder in kleinem Kreis aber sehr wohl über Politik diskutieren. Das Interesse an Politik ist meines Erachtens schon vorhanden. Vielleicht sind die Leute über die Jahre aber misstrauischer geworden. Misstrauischer gegenüber der Politik, gegenüber den Politikern und gegenüber den meist beschränkten Möglichkeiten der Politik.

«Ich würde viele Bücher lesen»

Klingt nicht gerade aufbauend.

Vielleicht doch. Wenn aus diesem Misstrauen nämlich die Erkenntnis entstanden ist, dass der Staat und die Politik das individuelle Lebensglück nicht verändern können, hat das Ganze vielleicht ja auch sein Gutes. Denn das ist eine der Erfahrungen, die ich während meiner politischen Laufbahn gemacht habe. Politik kann im besten Fall ein gewisses Fundament setzen, schlussendlich ist aber jede und jeder selber verantwortlich, was er oder sie aus den eigenen, individuell gänzlich unterschiedlichen Erfahrungen und Fähigkeiten macht.

Was macht Stefan Engler eigentlich, wenn er eines Tages vielleicht doch nicht mehr Politiker ist?

Ich würde viele Bücher lesen und möglicherweise eine Weltreise machen. Ich wäre auch gerne einmal Grossvater. Obwohl das noch sehr weit weg ist, unsere Mädchen sind schliesslich ja erst vier und acht Jahre alt (lacht).

Stefan Engler...

... kann auf eine langjährige Politkarriere zurückblicken. Von 1987 bis 1999 war er Mitglied des Grossen Rats und von 1990 bis 1998 Gemeindepräsident seines Heimatortes Surava. Von 1999 bis 2010 sass er für seine Partei CVP im Regierungsrat, wo er das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement leitete. In den Jahren 2003 und 2008 hatte er das Amt des Regierungspräsidenten inne. Ende des vergangenen Jahres schied Engler nach zwölf Jahren wegen Amtszeitbeschränkung aus der Bündner Kantonsregierung aus.

Seither amtet er unter anderem als Verwaltungsratspräsident der Rhätischen Bahn. Am 23. Oktober stellt er sich zur Wahl für einen der beiden Bündner Ständeratssitze in Bern. Privat lebt Engler mit seiner Frau Martina und seinen beiden Töchtern Noemi Davina und Timea Lavinia in Surava. (fbr)

